

## **Drei Prioritäten der BAG Nord/Süd für das Wahlprogramm 2013**

Vorbemerkung: Mit diesem Beitrag will die BAG Nord/Süd das GRÜNE Wahlprogramm zu einem frühen Zeitpunkt in seiner **Gesamtausrichtung** beeinflussen. Darum konzentriert sich der unten folgende Beitrag vor allem auf die Anforderungen der BAG Nord/Süd an **Gesamtregierungshandeln, dass sich im Interesse globaler Gerechtigkeit vor allem an einer großen globalen Transformation und Kohärenz orientieren sollte. GRÜNE internationale Zusammenarbeit muss glaubwürdig und verlässlich sein, darum stehen wir zum 0,7-Prozent-Versprechen.**

### **Grundverständnis GRÜNER Entwicklungspolitik**

Wir leben alle in der Einen Welt, auch wenn wir in unterschiedlichen Welten aufwachsen. Angesichts der multiplen globalen Krisen wie der Klimakrise, der Welternährungskrise, der Finanz- und Wirtschaftskrise, der zunehmenden Konkurrenz um natürliche Ressourcen oder versagender Staatlichkeit muss in der internationalen Zusammenarbeit umgesteuert werden. Die Entwicklungspolitik setzt sich für globale Gerechtigkeit und eine weltweit nachhaltige Entwicklung ein. Alle Menschen haben das Recht auf Entwicklung, und dies nicht allein in ökonomischer, sondern vor allem auch in sozialer, politischer und ökologischer Hinsicht. GRÜNE Entwicklungspolitik versteht sich als Beitrag zu einer nachhaltigen und gerechten globalen Strukturpolitik und stellt sich der historischen Verantwortung der Industrieländer. Grundlage der Entwicklungspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die umfassende Gültigkeit und Beachtung der universellen Menschenrechte. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt, indem sie für jeden die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben schaffen will, frei von Furcht und Not und mit der Freiheit, in Würde zu leben.

Aus Sicht der BAG Nord/Süd muss ein GRÜNES Wahlprogramm folgende Prioritäten enthalten:

#### **1. Globale Transformation durch einen neuen Gesellschaftsvertrag anstoßen**

Um eine ressourcenschonende und generationengerechte Entwicklung weltweit zu ermöglichen, braucht die Welt eine globale Transformation durch einen neuen Gesellschaftsvertrag, wie sie vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) gefordert wird. Für GRÜNE muss es das übergeordnete Ziel von Regierungs- und Gesellschaftshandeln sein, eine solche, umfassende Transformation nachhaltig und gerecht zu gestalten. Dies beinhaltet eine Neuausrichtung der Wirtschaft und des Welthandels nach ökologischen und sozialen Kriterien. Die globalen Finanzmärkte müssen reguliert und darauf ausgerichtet werden, die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung zwischen und innerhalb der Staaten zu fördern.

Entwicklungspolitik muss als Beitrag zu einer nachhaltigen und gerechten globalen Strukturpolitik die Schwellen- und Entwicklungsländer bei diesem großen Umbau unterstützen – vor allem bei einem sozial gerechten Klima- und Ressourcenschutz und der Anpassung an den Klimawandel. Zentrale Felder der Entwicklungspolitik müssen dabei die Versorgung von Entwicklungsländern mit dezentralen erneuerbaren Energien, eine nachhaltige ländliche Entwicklung sowie eine soziale und ressourcenschonende Gestaltung der Urbanisierung sein. Ein neuer globaler Gesellschaftsvertrag bedeutet für die GRÜNEN,

*auf internationaler Ebene:*

Internationale Organisationen sind der Schlüssel, um die globale Transformation voranzubringen. Hier müssen wir gemeinsam mit Entwicklungsländern neue Konzepte entwickeln, die Armutsreduzierung mit Nachhaltigkeit verbinden. Dazu sollen internationale Organisationen gestärkt werden, die mit demokratischem Anspruch effektiv und effizient arbeiten. Die Vereinten Nationen müssen reformiert werden, damit sie eine aktivere Rolle spielen und nicht durch einzelne Staaten dominiert sind. Prozesse im Vorfeld internationaler Verhandlungen müssen partizipativer durch die VN organisiert werden. Wir wollen den

Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) aufwerten. Im Sinne einer Global Governance muss die organisierte Zivilgesellschaft stärker in internationale Prozesse eingebunden werden. Die G8 ist ein veraltetes Modell. Wir müssen neue Kooperationsformen und -prozesse etablieren, um den Austausch mit Schwellen- und Entwicklungsländern zu vertiefen. Langfristig wollen wir die zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der Vereinten Nationen bringen. Wir möchten, dass Weltbank und Regionalbanken ihr Wissen für die globale Transformation bereitstellen und gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds ihre Finanzierungen in Entwicklungsländern an alternativen Entwicklungsmodellen jenseits des klassischen Wachstumsmodells ausrichten. Sie sollen lokalen Veränderungsprozessen die notwendige Unterstützung zukommen lassen und sich dabei auf die Wahrung grundlegender Prinzipien, allen voran die Menschenrechte konzentrieren. Auch auf europäischer Ebene soll die Entwicklungspolitik besser koordiniert und mittelfristig weiter vergemeinschaftet werden.

#### *auf nationaler Ebene:*

Auch Deutschland ist Entwicklungsland. Es braucht eine bessere Unterstützung von Bottom-up-Prozessen durch die Politik. Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Kleinstinitiativen sind wichtige innovative Treiber für Entwicklungspolitik und müssen besser unterstützt und eingebunden werden. Auch die Lebensstile von VerbraucherInnen spielen eine wichtige Rolle. Der Konsum muss politischer werden und die Grenzen des Ressourcenverbrauchs berücksichtigen: Würden alle Menschen auf der Welt so viele Ressourcen verbrauchen wie wir mit unserem Lebensstil, bräuchte es mehr als eine Erde. Notwendig ist auch mehr entwicklungspolitische Bildung, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung von etwa fairem Handel, regionalen Produkten, ökologischen Erzeugnissen oder nachhaltigen Reisen. Öffentliche Stellen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und z.B. emissionsarme Fahrzeuge verwenden und Produkte einkaufen, bei deren Herstellung ökologische und soziale Mindeststandards beachtet wurden.

## **2. Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung**

Globale Entwicklung findet in einem komplexen Kontext statt. Klima-, Handels-, Wirtschafts-, Agrar-, Sicherheits- und Rüstungsexportpolitik sowie andere Politikfelder wirken auf die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dadurch wird die Wirksamkeit von EZ-Maßnahmen wesentlich beeinflusst, denn sie wird durch gegenläufige Politiken oft konterkariert. Deshalb ist Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung eine entscheidende Rahmenbedingung für erfolgreiche entwicklungspolitische Maßnahmen. Die derzeitige Bundesregierung tut zu wenig, um Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung voranzutreiben.

Politikkohärenz bedeutet etwa, dass wir nicht die Meere vor Entwicklungsländern leer fischen und uns dann wundern, dass die FischerInnen nicht aus der Armut kommen und in die Illegalität gehen. Studien zeigen, dass der positive Effekt, der durch EZ erreicht wird, durch Inkohärenzen teilweise oder sogar ganz zunichte gemacht wird. Kohärent zu sein braucht den politischen Willen, das Entwicklungsinteresse immer mitzudenken und nicht anderen Interessen (z.B. denen der europäischen Agrar- und Pharmakonzerne) unterzuordnen. Kohärenz braucht aber auch Institutionen und Mechanismen, die sicherstellen, dass das Entwicklungsinteresse nicht übergangen wird.

Wir GRÜNE fordern deswegen Folgeabschätzungsstudien, die Auswirkungen von Gesetzesvorschlägen aller Politikbereiche auf die Situation von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern prüfen und die Folgen somit transparent machen, bevor Gesetze verabschiedet werden. In den relevanten Ministerien und Botschaften braucht es Kohärenzverantwortliche, das BMZ muss hier eine koordinierende Funktion übernehmen. Unter Berücksichtigung entwicklungspolitischer Zielsetzungen müssen ressortübergreifende Länderstrategien für Entwicklungsländer entwickelt und ressortübergreifende Regierungsverhandlungen geführt werden. Unternehmen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern aktiv sind, müssen gesetzlich auf hohe Transparenz und

Menschenrechtsstandards verpflichtet werden. Auf internationaler Ebene möchten wir einen Beschwerdemechanismus einrichten, den Menschen aus Entwicklungsländern und NGOs nutzen können. Schließlich wollen wir – ähnlich zum Konzept der ODA-Messung – ein Verfahren etablieren, an dem alle OECD- wie auch alle G20-Länder ihre Politiken und ihr Handeln im Sinne von Politikkohärenz für Entwicklung messen lassen sollen. Wichtige Elemente dafür gibt es schon im Commitment to Development Index des Center for Global Development.

### **3. 0,7: Das Versprechen halten**

Neben einer deutlich verbesserten Kohärenz im gesamten Regierungshandeln und besserer Wirkung von Entwicklungszusammenarbeit ist die Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels für GRÜNE eine von drei gleich bedeutsamen Säulen auf dem Weg zu globaler Gerechtigkeit.

Armut, Hunger oder unzureichender Zugang zu Medikamenten sind Zustände, die GRÜNE nicht akzeptieren können. Frieden und Sicherheit, Klimaschutz und Gerechtigkeit gibt es in unserer vernetzten Welt nur gemeinsam. Ein längst überfälliger Schritt für mehr Gerechtigkeit ist, dass die OECD-Länder endlich – wie bereits 1970 angekündigt – mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für globale Entwicklung (ODA) einsetzen. Unsere Generation hat die Möglichkeit, die Verantwortung und die Mittel, dieses Ziel schrittweise zu erreichen. Neben klassischer Entwicklungszusammenarbeit werden mit diesen Mitteln heute auch Teile der zivilen Krisenprävention, zur Vermeidung und Anpassung an den Klimawandel sowie die Organisationen der Vereinten Nationen finanziert.

Wir GRÜNE vertreten seit Jahrzehnten die 0,7% Forderung und kritisieren ebenso lange die Nicht-Einhaltung der gemachten Versprechen. Das 0,7-Prozentziel steht auch für die Glaubwürdigkeit der GRÜNEN im Fragen der globalen Gerechtigkeit. In Zukunft ist es weiterhin notwendig, mit unseren Partnerländern Armut und Ungleichheit konsequent zu bekämpfen – in den ärmsten, oft fragilen Staaten, wie auch in Ländern mittleren Einkommens, in denen heute 2/3 der Armen leben. Wir stehen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) der UN. Nach 2015 braucht es aber ein neues Zielsystem in der internationalen Zusammenarbeit, das an die MDGs anknüpft und neue Impulse wie die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) aufnimmt.

Wir wollen das 0,7-Prozent-Ziel im Rahmen eines ODA-Aufholplans bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode erreichen. Um 0,7 Prozent zu erreichen, wollen wir auch innovative Finanzierungsinstrumente wie die Finanztransaktionssteuer einführen und die Flugticketabgabe auf britisches Niveau erhöhen. Die staatliche Unterstützung für die Anpassung an und die Vermeidung von Klimawandel muss zusätzlich über das 0,7-Prozent-Ziel hinaus bereitgestellt werden.

Damit die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll eingesetzt werden, müssen wir Reformen in der bi- und multilateralen EZ umsetzen. Diese müssen unter vollverantwortlicher Einbeziehung der Partnerländer auf größere Transparenz, Wirkungsorientierung und unabhängige Evaluierung abzielen. Wir wollen besser wissen, welche Beiträge die deutschen Steuermittel zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern leisten. Das BMZ soll koordinierend in der Bundesregierung in regelmäßigen Abständen über den Einsatz sowie die Ergebnisse und Wirkungen der Entwicklungsgelder berichten. Dieser Bericht soll von einem unabhängigen Evaluierungsinstitut geprüft und auf Basis seiner Empfehlungen turnusgemäß verbessert werden.